



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21884 - 83
Fernschreiber 0886890

SP/KIII/34 - 10. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Bonn beharrt auf dem Status quo Das Programm Greves in Washington	55
3 - 3	Ein Schlag gegen den Westen Das französische Blutbad in Tunesien - Unübersehbare arabische Reaktionen	67
4 - 5	Die Furcht vor der Sozialdemokratie Das grosse Fragezeichen - Ulbrichts Pyrrhussieg	76
6 - 7	Düsseldorf bestimmt den Charakter der FDP Abgrenzung nach beiden Seiten - Heftige Anklagen gegen die CDU	83

* * * * *

Bonn beharrt auf dem Status quo

H.P. Dass die Bundesregierung nicht die leiseste Absicht hat, von sich aus einen Schritt zur Entspannung beizutragen, hat nunmehr auch der bisherige Leiter der politischen Leitung im Auswärtigen Amt, Wilhelm Greve, noch einmal bestätigt. In einem Exklusiv-Interview mit der amerikanischen Zeitung "Newsweek" (10. Februar), beantwortete er fünf Fragen, die darauf schliessen lassen, dass sich der neue deutsche Botschafter in Washington bemüsstigt fühlt, schon im voraus einen möglichst günstigen Eindruck bei Mr. Dulles zu machen.

Frage Nummer 1 lautete: "Erwarten Sie, dass die Streitkräfte in Deutschland drastisch verringert werden?" Greve antwortete: "Nein... Wir waren in der Vergangenheit immer in der Lage, der Bevölkerung zu beweisen, dass der einzige Weg, einen russischen Angriff zu vermeiden, darin besteht, bei einer harten Politik zu verbleiben."

Niemand wird bestreiten, dass es in der Tat der Regierung gelungen ist, der Bevölkerung in der Vergangenheit weiszumachen, dass die relativ wenigen NATO-Divisionen genügt hätten, der Bundesrepublik eine Sicherheit zu verschaffen. Dass die sogenannte "harte Politik" zur selben Zeit zu einer ungeheuren Stärkung des russischen Potentials in der Politik und auf fast allen Gebieten geführt hat und die deutsche Wiedervereinigung dabei verechütt gegangen ist, erwähnt Greve nicht.

Die zweite Frage lautete: "Ob Westdeutschland über den Rapacki-Plan verhandeln würde, wenn auch die Wiedervereinigung auf der Tagesordnung stehen würde?" Greves Antwort: "Nein, wir sind immer bereit, über militärische Sicherheitsmassnahmen zu reden, wenn das Resultat nicht für uns einen militärischen Nachteil bedeutet." Hier gibt ein Regierungssprecher zu, dass selbst dann, wenn die Wiedervereinigung auf der Tagesordnung stünde, man nicht bereit wäre, über Zonen der Entspannung zu reden. Niemand ist so verrissen zu glauben, dass jemand von irgendeiner Seite einseitige militärische Nachteile verlangen würde. Es zeugt aber auch von der Phantasielosigkeit des Herrn Greve, dass er die Gleichwertigkeit, die im Rapacki-Plan vorgesehen ist, nicht einmal als Ziel der Verhandlungen anzustreben bereit ist.

Auch die Frage, ob er irgendwelche positiven Aussichten für eine Gipfelkonferenz sieht, hat Greve schlicht und arrogant verneint. "Der Westen geht immer ein grösseres Risiko bei einem solchen Treffen ein",

meinte er, "die einzige Hoffnung wäre, wenn es detaillierte diplomatische Vorbereitungen geben würde". Auch mit dieser Antwort hat Greve die Bundesregierung mehr bloss gestellt, als ihr vielleicht lieb wäre. Denn die einzige Schlussfolgerung auf seine Bemerkung kann nur sein: lieber keine Verhandlungen, wenn damit ein Risiko verbunden ist. Wie der Botschafter jedoch ohne Konferenz weiterkommen will, verrät er uns ebensowenig wie die Kollegen der Regierungsparteien in der letzten aussenpolitischen Debatte.

Schliesslich wurde gefragt, ob Deutschland selbst mit den Russen reden wolle. Die widerspruchsvolle Antwort darauf lautete: "Wir können unsere Probleme nicht selbst lösen. Wir sind uns bewusst, dass unsere westlichen Länder Verbündete sind. Wir glauben nicht, dass die Russen mit uns reden wollen." Weil wir also nicht glauben, dass die Russen mit uns reden wollen, machen wir erst gar keinen Versuch. Wir verschanzen uns hinter der Passivität der Verbündeten und bleiben achselzuckend beim Status quo.

Diese Antworten richten Herrn Greve ebenso wie die Bundesregierung. Die so denken, haben das moralische Recht verwirkt, das russische Beharren auf dem Status quo kritisieren zu wollen. Es ist nämlich auch ihre eigene Position.

* * *

Ein Schlag gegen den Westen

Der, was ein Sprecher des französischen Aussenministeriums als "örtliche militärische Angelegenheit" bezeichnete, dürfte zu unübersehbaren Auswirkungen führen. Die Bombardierung eines tunesischen Grenzortes durch 25 französische Bomber im Rahmen einer "Vergeltungsaktion" ist nicht einmal vom militärischen Standpunkt aus berechtigt; politisch gesehen war sie ein Wahnsinnsakt. Sie stellt das bisser düsterste Kapitel in der an grauvollen Einzelheiten gewiss nicht armen Geschichte des Algerienkrieges dar. Diese Tat französischer Flieger erinnert an die schrecklichen Verbrechen des Dritten Reiches, und sie ist auf einem Gebiet begangen worden, das zu einem unabhängigen Staat gehört, dessen Führung bestrebt ist, sich der Flut des arabischen Nationalismus zu erwehren und Freundschaftsbände mit dem Westen aufrechtzuerhalten.

Einen schlechteren Dienst konnten die französischen Militärstellen, die den Bombenabwurf auf unschuldige Frauen, Kinder und Männer verfügten, dem tunesischen Staatspräsidenten Bourguiba nicht erweisen. -3-

Der Angriff auf das tunesische Dorf erfolgte zu einem Zeitpunkt, als gerade der Staatspräsident Tunesiens neuerliche Anstrengungen machte, die Beziehungen mit Frankreich zu vertiefen. Aber es gibt in der französischen Verwaltung Algeriens mächtige Strömungen, die von Anfang an jeden Versuch eines französisch-algerischen Ausgleichs sabotierten und denen die Vermittler für einen solchen Versuch ebenso hassenswert sind wie die algerischen, um die Unabhängigkeit ihres Landes kämpfenden Aufständischen. Liegt nicht die Vermutung nahe, dass diese Stellen mit ihren guten Verbindungen nach Paris dieses Blutbad veranlassten, um Bourguiba und sein Ansehen im tunesischen Volk zu treffen?

Eine unmittelbare Folge des Prestigeverlustes Bourguibas ist die Abreise algerischer Führer nach Kairo; sie verzichten auf die tunesische Gastfreundschaft, die sie bisher genossen, um von der ägyptischen Metropole aus mit dem unversöhnlichen Feind Frankreichs, Nasser, den Kampf gegen Frankreich besser zu organisieren und zu führen.

Wiederholt stand das Algerien-Problem auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen. Grossbritannien und den Vereinigten Staaten gelang es mit anderen Staaten immer wieder, die Vorstösse des arabisch-asiatischen Blocks abzuwehren und Entschliessungen durchzusetzen, die das französische Prestige nicht verletzen. Heute ist zu fragen: kann dieses französische Prestige überhaupt noch gerettet werden, hat es nicht einen tödlichen Schlag erlitten?

Aber nicht nur Frankreichs Ansehen als ein umstrittener Vorkämpfer der Zivilisation auf afrikanischem Boden steht auf dem Spiel, der gesamte Westen wird dadurch betroffen. Von den 25 Flugzeugen mit ihrer tödlichen Bombenlast waren 15 amerikanischen Ursprungs. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie die arabische Welt und die sowjetische Propaganda darauf reagieren werden. Die NATO, von ihren Vätern als ein Schutzbündnis gegen die Sowjetunion ins Leben gerufen, muss in den Augen der arabischen Nationalisten als ein Verteidiger überlebter Vorrechte und des Kolonialismus erscheinen. Die französische Armee führt heute einen blutigen und grausamen Krieg in einem Lande, das sich nach Unabhängigkeit sehnt und um das natürliche Recht eines jeden Volkes kämpft, seine inneren und äusseren Angelegenheiten selbst zu gestalten. Statt als Schutzmacht gegen die angebliche bolschewistische Bedrohung Europas auf dem Plan zu sein, verbluten die Söhne Frankreichs in den Schluchten und Wüsten Algeriens, ohne auch nur die Aussicht zu haben, diesen Kampf jemals zu gewinnen.

Heute ist die arabische Welt noch gespalten, ist der arabische Nationalismus darauf bedacht, auch in seinem Verhältnis zur Sowjetunion ein grosses Mass von Handelsfreiheit zu bewahren. Die von Bomben zerstörten Kinder, Männer und Frauen der tunesischen Ortschaft Sariat-Sidi Jussef bilden eine furchtbare Anklage gegen eine Politik von gestern und vorgestern. Diese Politik muss früher oder später die ganze arabische Welt zu einem Block verschmelzen, der sich dann in all seiner gefährlichen Dynamik auch gegen den ganzen Westen richtet. Offensichtlich hat Frankreich die Kraft und die Fähigkeit verloren, die Alger-Frage zu lösen. Seine Internationalisierung dieses Problems wird unvermeidlich sein, soll nicht der ganze Westen noch schwereren Schäden nehmen, als es ohnehin schon der Fall ist. Kommt dieser "militärische Zwischenfall" vor den Sicherheitsrat, wie es Tunesien verlangt, dürfte eine Verurteilung Frankreichs kaum mehr zu umgehen sein.

Die Furcht vor der Sozialdemokratie

E.Z. Berlin

Die erste Reaktion, die in den Kreisen der SED-Mitglieder und Funktionäre auf den Ausschluss der konsequent Ulbricht feindlichen "Oppositionisten-Gruppe" Schirdewan und Wollweber aus dem ZK der SED zu verzeichnen ist, lässt erkennen, dass Ulbricht keinen vollen Sieg über seine Gegner in der Partei davongetragen hat. Diese Ansicht gilt selbst für diejenige Gruppe der Parteifunktionäre, die sich bisher stets als bedingungslos Ulbricht-hörig gezeigt hat. So sehr sie auch erneut unter dem Eindruck der erfolgreichen Machtdemonstration des 1. SED-Sekretärs steht, so bleibt auch für sie ein grosses Fragezeichen bestehen. Die in dem Bericht des Politbüros enthaltene Formulierung, dass "Schirdewan Wollweber und andere" gegen die von Ulbricht geführte ZK-Politik revoltiert haben, lässt die Frage entstehen, wer mit diesen "Anderen" gemeint ist und wie gross diese gegnerische Gruppe im eigenen Funktionär Apparat ist.

In den Ostberliner Kreisen der SED-Funktionäre begann sofort nach der Veröffentlichung der ZK-Beschlüsse das grosse Rätselraten. Es wurden dabei die Namen leitender Funktionäre im Partei- und Regierungsapparat als "Auch-Betroffene" in den Bereich der Spekulationen mit einbezogen, so daß sich ein Bild der allgemeinen Verwirrung und vor allem der Unsicherheit ergibt. Vor jedem Funktionär erhebt sich die bange Frage, ob nicht vielleicht auch er bei der bevorstehenden Säuberung mit in den Kreis der "Verdächtigen" geraten könnten, da ja schliesslich auch er einmal - vielleicht nur im vertrauten Kreis - ein Wort der Kritik an der Ulbricht-Politik geäußert hat.

In diesen Tagen des "Ulbricht-Sieges" im ZK erinnern sich viele Funktionäre der antiken Sage, nach der der Hydra, wenn ihr auch einige Köpfe abgeschlagen wurden, stets neue Köpfe wachsen. Die Tatsache, daß Ulbricht im Kreis derjenigen, die bisher als mit ihm besonders eng vertraut galten, eine Gruppe von unerbittlichen Gegnern seiner Politik zugeben mußte, hat, daran ist nach der ersten Reaktion auf die ZK-Massnahme nicht zu zweifeln, den Rückhalt anderer Widerstandskräfte in der Partei gestärkt. Das Wissen darum, daß auch in der obersten SED-Führung Kräfte gegen Ulbricht wachsen konnten, ^{muss} den

Mit zu weiteren Widerstandsaktionen stärken. Bei solchen Auswirkungen der neuen ZK-Maßnahmen spielt vor allem die Erkenntnis eine Rolle, daß auch Schirdewan und Wollweber, ebenso wie die zahlreichen Gegner der Ulbricht-Politik in der letzten Grundeinheit der Partei, sich vor allem wegen der Schwierigkeiten, die auf wirtschaftlichem Gebiet durch den neuen, von Ulbricht angestrebten Kurs entstehen müssen und praktisch auf eine neue Provokation der breiten Arbeiterschaft hinauslaufen, gegen die Pläne der SED-Diktators wandten.

Was auf dem ZK-Plenum bei der Verdammung der Schirdewan-Gruppe unausgesprochen blieb, obwohl es bisher ja immer zu den gebräuchlichsten Diffamierungspraktiken gegenüber den Gegnern gehörte, hat am Sonntag das "Neue Deutschland" mit einem Zeitartikel beige-steuert. Im Zentralorgan der SED wurden die ausgeschlossenen hohen Funktionäre angeklagt, sie hätten "unter dem Druck der feindlichen Propaganda" gestanden, womit ohne Zweifel der "Klassenfeind", nämlich der demokratische Sozialismus gemeint ist. So grotesk bei einem Schirdewan und Wollweber eine solche Anklage auch klingen mag, die SED-Führung legt damit ungewollt den Finger auf die Wunde, die im Fleische des Pankower "Arbeiterstaates" brennt. Nicht zufällig hat die SED-Bezirksleitung Halle während der Tagung der ZK am 4. Februar in einer ganzseitigen Stellungnahme der Hallenser "Freiheit" zugegeben, daß in den mitteldeutschen Großbetrieben viele SED-Funktionäre vor sozialdemokratischen Einflüssen kapituliert haben und die Ulbricht-Politik nicht mehr unterstützen. In der Farbenfabrik Agfa-Wölfen wird z.B. die Propagierung der "Arbeits-Langsam-Bewegung" durch die Arbeiter zugegeben. Das gilt auch für andere Großbetriebe wie den Leuna-Werken. "Die Parteileitungen, denen die Tätigkeit der klassenfeindlichen Elemente seit Monaten bekannt waren, vertuschten alles. Mit Parteisekretären, die tief im opportunistischen Sumpf steckten, war die Partei nicht in der Lage, den Kampf gegen diese feindlichen Kräfte zu organisieren."

Im Zusammenhang mit der Bloßstellung der "Opportunistengruppe" Schirdewan-Wollweber müssen es diese Eingeständnisse fraglich erscheinen lassen, wie Ulbricht unter solchen Umständen das parteiliche Denken seiner Funktionäre stärken und eine allgemeine "Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins" unter den Massen erreichen will. Die dauernde Verschiebung des ZK-Plenums, auf dem Ulbricht über die "Opportunisten" zu Gericht saß, hat unter den Parteifunktionären die Vermutung zur Gewißheit gemacht, daß noch andere Kräfte in der obersten SED-Leitung mit Ulbrichts drakonischem Säuberungskurs keineswegs sofort einverstanden waren. Immerhin hat es fast sechs Wochen gedauert, bis Ulbricht das Terrain im ZK so weit planiert hatte, daß er das Plenum einberufen konnte.

Düsseldorf bestimmt den Charakter der FDP

sp- Der Landesparteitag der FDP in Düsseldorf am vergangenen Freitag und Sonnabend, der die erste parteioffizielle Willensbekundung zur Vorbereitung der Landtagswahlen am 6. Juli sein sollte, stand ganz im Zeichen der Nachwirkungen der Bundestagerede Dehlers, wenn auch keiner von den Rednern zu dem Grad an Leidenschaftlichkeit vorstieß, den Dehler an den Tag gelegt hatte. Die Zone des Schweigens, die um die FDP gelegt werden sollte, ist gebrochen.

Der alte Vorstand, charakterisiert vor allem durch die Namen Weyer und Döring, Mende und Scheel sowie den zwei Vorsitzenden und Bundesschatzmeister Rubin, wurden wiedergewählt, die anberaumten Zeiten für Aussprache und Abzeichnungen wurden unterschritten, die Pressekonferenz am Sonnabend konnte eine volle Stunde früher beginnen; für einen Parteitag eine ungewöhnliche Erscheinung.

Dabei hat es um die FDP bis vor einiger Zeit im Hinblick auf ihre Geschlossenheit durchaus nicht so rosig ausgesehen. Aber immer erhielt man auf die Frage nach den Gründen für diesen Wandel die Antwort: Die Dehler-Rede. So ist es dem Vernehmen nach in der ganzen Bundesrepublik, mit gewissen unbedeutenden Ausnahmen in Hessen und Baden-Württemberg, wo aber sehr stark persönliche Gründe mitsprechen, und in einem gewissen Umfang auch in Bayern. Aber es ist auch ohne Zweifel, dass die FDP heute einen Grad der inneren Geschlossenheit erreicht hat, den sie lange nicht, wenn überhaupt je zuvor, besessen hat.

Das auffallendste Kennzeichen dieses Parteitages war der erstaunliche Offensivgeist. "Das Jahr 1958 wird das Jahr des Angriffs sein". Und dieses Wort Weyers bestimmte Ton und Inhalt der ganzen Veranstaltung. Angriff wogegen?

- Gegen den immer deutlicher werdenden Machtwillen der CDU zur einzig bestimmenden Kraft in der Bundesrepublik;
- gegen Arroganz und Überheblichkeit aller parlamentsfeindlicher Parteien, deren exponiertester Vertreter der Außenminister von Brentano ist;
- gegen die Gleichschaltung von Bund und Ländern auf dem Wege über den Bundesrat;
- gegen eine Wiedervereinigungspolitik ständiger Versäumnisse unter dem Motto etwa: Immer davon sprechen, nie daran denken und bewusste Inaktivität;
- gegen den Ausbau von Atomabschuss-Basen und Atombomben-Experimenten;
- gegen eine Gleichgültigkeit des Bundes gegenüber dringendsten kulturpolitischen Aufgaben im weitesten Sinne des Wortes unter besonderer Berücksichtigung der Notwendigkeit für Forschung und Ausbildung, die zwar formal nach dem Grundgesetz den Ländern zustehen, deren Leistungsfähigkeit aber bei weitem übersteigen.

Alle Redner, soweit sie die Hauptreferate übernommen hatten, wie auch in der Diskussion, waren bemüht, der FDP einen eigenen Willen und absolut sicheren Platz zwischen den beiden grossen Parteien der CDU und SPD zuzuweisen und zu sichern. Das Wort von der dritten Kraft im deutschen Parteiwesen und die Kritik an der Tendenz in Richtung auf ein Zweiparteien-System hin sind in seltenen Fällen so deutlich geworden wie diesmal. Den gleichen Ursprung hatte die mehrfache Kritik an dem in Stuttgart gefallenen Wort des ersten Vorsitzenden der Partei Reinhard Mayer, die Partei selbst müsse klein aber fein sein.

Mit dieser Begründung weitestgehender Selbständigkeit sind unmittelbar auch die Abhandlungen eines eigenen Standpunktes gegenüber der SPD etwa in der Frage der Sozialisierung, in der Einstellung zum Wohlfahrtsstaat, in der Beurteilung der Reichweite gewerkschaftlicher Aufgaben zu sehen, um einige der wichtigsten Punkte zu nennen. Aber mit auffallender Schärfe wandte sich Weyer auf der anderen Seite gegen Auswüchse der Konzern- und Grossbetriebsbildung und der steuerlichen Bevorzugung in den Betrieben, auch hier ein Herz zu zeigen.

Aber niemand konnte bei alledem übersehen, dass die Distanzierung nach der sozialdemokratischen Seite zugleich weniger scharf und betont war als die Abgrenzung zur CDU, zumal die guten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in NRW wiederholt freimütig anerkannt wurden.

Interessant war auch die Rede des stellvertretenden Vorsitzenden Rubin, Schatzmeister der Partei, zur Frage der Bildung einer selbständigen auf weite Sicht tragfähigeren grösseren Plattform der Partei, die eine Stellung zu beziehen habe neben einer klerikal-konservativen CDU und einer Partei des freiheitlichen Sozialismus. Einer der Kernsätze aus dieser Darstellung war: "Das heterogene Gebilde der CDU wird nur durch die äusserliche Autorität des alten Kanzlers zusammengehalten und lebt von der Ausnahmesituation des gespaltenen Deutschland. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die restlichen liberalen und nationalen Kräfte in der CDU den Weg zu einer freiheitlichen Partei finden, Teile des linken Flügels zur SPD übergehen und lediglich das Übrige bleibt, was auch heute den Kern dieser Partei ausmacht, nämlich die klerikal-konservativen Kräfte, mit ihrem rheinisch-bayrischen Schwerpunkt".

Es ist kein Zweifel, die FDP hat sich zur grossen Geschlossenheit und Entschlossenheit gesammelt. Sie hat den offenkundigen Willen, aus einer Vergangenheit, die ihr oft durch eigene Schuld viele harte Schläge versetzt hat, zu lernen. NRW ist das Land, in dem sie den ersten erfolgversprechenden Teil ihres Weges in dieser Richtung zurückgelegt hat und es strömt bereits von hier aus eine starke Anziehungskraft auf die Teile der Parteien aus, die bisher in ihrem Willen zu Reformen und einem klareren politischen Profil zugeknöpft gewesen sind. + + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler